



Rolf Höfert
Geschäftsführer des
Deutschen Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Es wird Zeit...

Die umfanglich notwendigen Verbesserungen für die Situation der Pflegebedürftigen und vor allem für die Pflegenden ruhen im Schatten der schleppenden Suche nach einer funktionalen Bundesregierung. Von der geschäftsführenden Bundesregierung können wir derzeit keine zielführenden Ansätze mehr erwarten. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hatte immerhin Ende 2017 von notwendigen zusätzlichen 10.400 Vollzeitstellen für den Nachtdienst in Altenheimen gesprochen... Fakt ist: die Personalsituation pflegerischer Fachkräfte in allen Leistungsbereichen ist ein brennendes Problem. Und Schönreden allein bringt keine Entlastung.

Bei aktuell und prognostisch in den nächsten fünf Jahren sprudelnden Steuernehreinnahmen des Bundes in Milliardenhöhe, ist jetzt die Pflege bei allen anderen Begehrlichkeiten zu berücksichtigen. Beachtenswert ist, dass bei allen bisherigen Jamaika und sonstigen koalitionsdenkenden Verhandlungen die Pflege thematik wohl im Konsens geführt wurde. Vor dem Hintergrund der Prognosen bis 2030 ist es höchste Zeit, jetzt die Weichen zu stellen, um zu zukunftsorientierten, pflegerischen Strukturen zu kommen. Zur Zeit des Redaktionsschlusses liefen noch die Marathon-Sondierungsgespräche mit der Fragestellung einer großen Koalition. Die aktuelle Regierungsbildung erinnert doch ein wenig an den Berliner Flughafen.

Wie sagte Bundespräsident Roman Herzog vor 20 Jahren: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen!“ Hoffen wir auf den Ruck bei den Verhandlungspartnern in Berlin und für die Pflege.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Rolf Höfert
Geschäftsführer



CLINIC DRESS



Exklusiv: 10 % Rabatt für DPV-Mitglieder

Unsere neue Kooperation mit der Clinic & Job Dress GmbH ist gestartet! Für Sie bedeutet das 10% Nachlass auf das gesamte Sortiment. Erfragen Sie den Bestell-Code bei uns telefonisch unter: 02631 83880.

Die Berufskleidung von CLINIC DRESS zeichnet sich besonders durch funktionale Details wie praktische Taschen und hohen Tragekomfort aus. Individuelle Passformen und wechselnde Farben runden das Angebot ab.

www.clinicdress.de

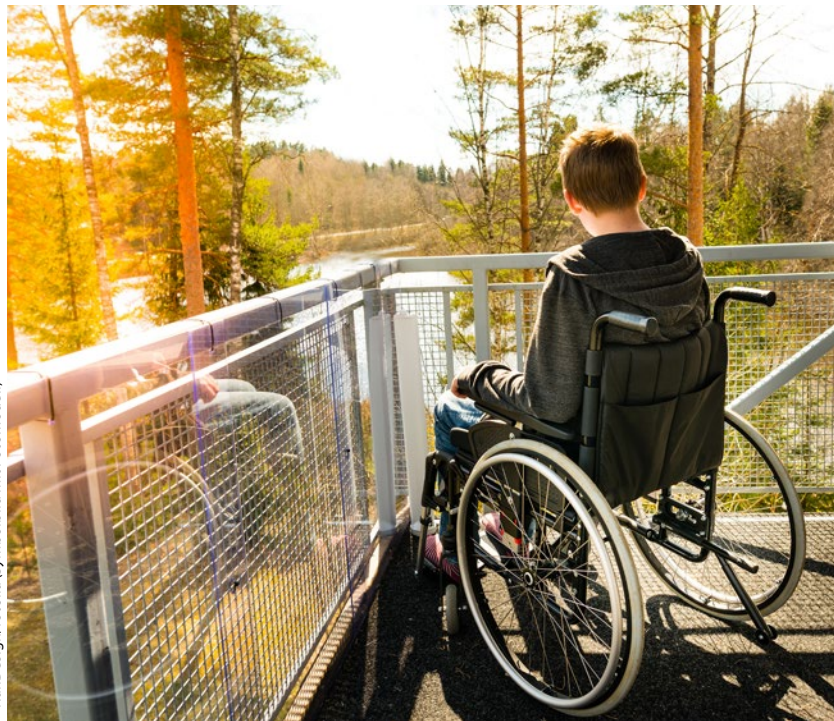
Inhalt

- 1 • Neue Kooperation mit CLINIC DRESS
- 2 • BARMER Pflegereport 2017
- 3 • Wirtschaftliche Lage der Pflegeheime
 - Neueste Ergebnisse des Hessischen Pflegemonitors
- 4 • Zukunftsprogramm Gesundheit und Pflege – 2020
 - Wie viel Personal ist für eine gute Pflege erforderlich?
- 5 • Haft und Berufsverbot für Altenpflegehelferin
 - Eine Pflegekraft für 60 Patienten ist zu wenig
 - EU-Kommission verklagt Deutschland
- 6 • Aus dem Verband
 - Jubilare
- 7 • Veranstaltungen
- 8 • DPV ganz nah

Der Pflegemarkt in Zahlen

BARMER Pflegereport 2017

Der jüngst veröffentlichte Pflegereport 2017 ist ein weiterer Bericht, der die prekäre Lage in unserem Gesundheitswesen zahlenmäßig belegt. Die wissenschaftliche Studie wurde von der Universität Bremen unter Leitung von Professor Dr. Heinz Rothgang erstellt.



© KarlDesign/fotolia (Symbolbild mit Fotomodel)

In Deutschland fehlen bundesweit tausende Betreuungsplätze für junge Pflegebedürftige. Demnach gibt es bei Pflegebedürftigen unter 60 Jahren, beginnend mit dem frühen Kindesalter, etwa 4.000 teilstationäre und rund 3.400 Kurzzeitpflegeplätze zu wenig. Zudem können junge Pflegebedürftige häufig nicht so wohnen, wie sie es bevorzugen, weil die entsprechenden Angebote einfach fehlen.

Eigenanteil der Bewohner

Der Gesamteigenanteil für Heimbewohner (an den Heimkosten) liegt im Durchschnitt bei monatlich 1.691 Euro. Dabei ist die Streuung beachtlich, wie der BARMER Pflegereport 2017 zeigt. Für ein Viertel der Einrichtungen liegt der Gesamteigenanteil unter 1.286 Euro, bei einem weiteren Viertel dagegen bei über 2.053 Euro und für 1% der

Einrichtungen sogar bei über 3.000 Euro. Auch auf Länderebene gebe es beachtliche Unterschiede. So reiche der Gesamteigenanteil im Durchschnitt von 1.107 Euro in Sachsen-Anhalt bis hin zu 2.252 Euro in Nordrhein-Westfalen.

Zahl der Pflegebedürftigen

Die Zahl der Pflegebedürftigen ist von insgesamt 2,02 Millionen im Jahr 1999 um 51% auf 3,04 Millionen im Jahr 2015 angestiegen. Hier sind alle Personen mit den Pflegestufen von null bis drei berücksichtigt. Davon waren 1,93 Millionen weiblich und 1,11 Millionen männlich. Zuletzt waren 79,5% der männlichen Pflegebedürftigen 60 Jahre und älter, während 90,5% der weiblichen Pflegebedürftigen zu dieser Gruppe gehören. 41,2% beziehungsweise 64,1% waren 80 Jahre und älter.

Zahl der Vollzeitstellen

In der ambulanten Pflege hat sich die Zahl der Vollzeitstellen, wenn man Teil- und Vollzeitstellen zusammenrechnet, zwischen den Jahren 1999 und 2015 um 84% erhöht, von 125.400 auf 238.800 Personen. Im selben Zeitraum sei die Anzahl der Pflegebedürftigen, die sie versorgen, um 67% gestiegen, und zwar von 415.300 auf 692.300 Personen.

Betrachte man die Entwicklung des Heimpersonals, zeige sich ein Anstieg der Beschäftigtenzahl von 440.900 im Jahr 1999 um 66% auf 730.100 im Jahr 2015. Dieses Wachstum beruhe ausschließlich auf dem Anstieg der in Teilzeit oder geringfügig Beschäftigten und den sonstigen Beschäftigten, heißt es im Pflegereport 2017 weiter.

Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten sei dagegen mit Schwankungen zwischen 203.000 und 219.000 weitgehend konstant geblieben. Relativ betrachtet habe sich dadurch der Anteil der Vollzeitbeschäftigten von 48% im Jahr 1999 kontinuierlich auf rund 29% im Jahr 2015 reduziert.

Zahl der Heimplätze

Im Jahr 2015 gab es 13.600 Pflegeheime in Deutschland mit insgesamt 928.900 Heimplätzen. Davon entfielen 877.100 Plätze auf die vollstationäre Pflege, 51.400 auf die Tagespflege und 400 Plätze auf die Nachtpflege. Die Zahl der Pflegeheime ist somit seit dem Jahr 1999 um 53% gestiegen. Die Bettenzahl erhöhte sich zwischen den Jahren 1999 und 2015 um rund 44%.

Wirtschaftliche Lage der Heime

Pflegeheim Rating Report

Den meisten deutschen Pflegeheimen geht es momentan wirtschaftlich gut. In den nächsten Jahren wird die zunehmende Alterung der Gesellschaft aber voraussichtlich zu Engpässen bei stationären Pflegeplätzen und Pflegepersonal führen. Zu diesen Ergebnissen kommt der aktuelle „Pflegeheim Rating Report 2017“.

Die Autoren der Studie „Pflegeheim Rating Report 2017“ untersuchten die derzeitige und zukünftige Situation des deutschen Pflegemarkts und schlugen Maßnahmen gegen die drohenden Engpässe vor. Unter dem Titel „Pfleget suchst Investoren“ berichtet das „Handelsblatt“ über die Studie.

Die meisten deutschen Pflegeheime sind in einer guten wirtschaftlichen Lage. Im Jahr 2015 befanden sich lediglich 2% im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr, 82% im „grünen Bereich“ mit geringer Insolvenzgefahr und 16% im „gelben Bereich“ dazwischen. Ihre durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit (Zahlungsunfähigkeit) lag mit 0,54% deutlich niedriger als die von Krankenhäusern. Ihre Ertragslage hat sich ebenfalls verbessert. Schrieben 2013 noch 20% der Pflegeheime einen Jahresverlust, so waren es im Jahr 2015 nur noch 10%.

Für die Studie wurden 432 Jahresabschlüsse ausgewertet, die insgesamt 2.050 Pflegeheime umfassen. Zudem

berücksichtigt der Report amtliche Daten des Statistischen Bundesamts von allen rund 13.600 Pflegeheimen und 13.300 ambulanten Diensten.

Wie die Analyse zeigt, war die wirtschaftliche Situation der Heime in Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Berlin, Sachsen-Anhalt/Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg am besten und in Niedersachsen/Bremen, Bayern, Schleswig-Holstein/Hamburg und Hessen am schlechtesten. Ketten schnitten etwas besser ab als Einzelheime.

Viele bereits im „Pflegeheim Rating Report 2015“ beobachtete Trends haben sich fortgesetzt. So hat die Personalknappheit weiter zugenommen: Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen bei Heimen lag im Juli 2017 mehr als dreimal so hoch wie im Juli 2007.

Wachstumsmarkt Pflege

Der gesamte deutsche Pflegemarkt bleibt ein Wachstumsmarkt. Sein Anteil am Gesundheitsmarkt beträgt

mittlerweile 13,6% (2013: 12,7%). Damit liegt die Pflege an dritter Stelle hinter Krankenhäusern und Arztpraxen. Insgesamt gab es im Jahr 2015 2,9 Millionen Pflegebedürftige. Hauptgrund für das Wachstum des Pflegemarkts ist die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Zudem wurde mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz zum 1. Januar 2017 ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt, der durch die Gleichbehandlung körperlicher, kognitiver und psychischer Beeinträchtigungen die Zahl der Leistungsberechtigten deutlich ausgeweitet hat. Insgesamt wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf 4,1 Millionen ansteigen.

Insbesondere zeigt sich, dass die regionale Konkurrenzsituation die Heimpreise beeinflusst: Ein stärkerer Wettbewerb zwischen Pflegeheimanbietern in einer Region führt zu niedrigeren Preisen.

www.rwi-essen.de

Neuste Ergebnisse des Hessischen Pflegemonitors

(Wiesbaden) Der aktuelle Pflegemonitor wurde im November 2017 anlässlich der 68. Sitzung des Landespflegeausschusses in Wiesbaden vorgestellt. Mit dem Hessischen Pflegemonitor hat das Land Hessen ein bundesweit einmaliges Steuerungsinstrument, das allen Verantwortlichen verlässliche, aktuelle und prognostische Informationen über die Situation der Pflegekräfte in der Altenhilfe und dem Gesundheitswesen liefert.

Die aktuellen Zahlen belegen, dass die Nachfrage nach Pflegekräften in allen Versorgungssektoren und insbesondere in der Altenpflege schneller

steigt, als das Angebot bei Absolventen und vermittelbaren Arbeitslosen trotz der weiter gestiegenen Anstrengungen im Ausbildungsbereich mithalten kann.

Hessenweit gab es 2016 einen Personalbedarf von 2.576 Altenpflegern, 1.791 Gesundheits- und Krankenpflegern und 375 Gesundheits- und Kinderkrankenpflegern. Dies entspricht einem Umfang von 14% (Altenpflege), 5% (Krankenpflege) und 12% (Kinderkrankenpflege) des derzeitigen Beschäftigtenstandes.

Die Personalbedarfe in der Pflege erfordern ein breites Portfolio unter-

schiedlicher Maßnahmen zur Fachkräftesicherung. Nicht nur in der Erstausbildung, sondern auch im Bereich der Nachqualifizierung von an- und ungelerten Pflegehilfskräften liegen erhebliche Potentiale für die Gewinnung von Pflegefachkräften. „Hessen setzt bei der Fachkräftesicherung gemeinsam mit den Ausbildungs- und Arbeitsmarktpartnern auf einen Strategiemix aus Bildung, Arbeitsmarktpolitik und Internationalisierung“, so der hessische Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner.

www.soziales.hessen.de

Runder Tisch in Rheinland-Pfalz

Zukunftsprogramm Gesundheit und Pflege – 2020



© MSAGD

Auf Einladung von Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Gesundheitsstaatssekretär David Langner kamen in Mainz die Projektpartner zu einem Runden Tisch zusammen und zogen eine Zwischenbilanz des 2014 gestarteten Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege – 2020“. Im Fokus standen die Projekterfahrungen, mit dem Ziel, neue mögliche Handlungsfelder und Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege – 2020“ verfolgt durch innovative Ansätze, neue Maßnahmen und sektorenübergreifende Konzepte das Ziel der Sicherstellung einer guten medizinischen und pflegerischen Versorgung insbesondere auch in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz.

Dafür baut es auf vielfältige Erfahrungen auf und führt diese weiter. Gerade mit den Initiativen „Menschen pflegen“, „Gesundheitswirtschaft“, „Fachkräfteinitiative Gesundheitsfachberufe“, „Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung“, dem weiterentwickelten Förderprogramm zur vertragsärztlichen Versorgung und dem „GeriatRIekonzept“ konnten wichtige Erkenntnisse über Entwicklungspotentiale sowohl in der ambulanten als auch in der stationären flächendeckenden Versorgung gewonnen werden. „Gesundheit und Pflege – 2020“ greift diese Erfahrungen auf, intensiviert und bündelt sie. Durch innovative Ansätze und neue Projekte erschließt das Programm neue Wege zur Sicherstellung einer guten und flächen-

deckenden gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz. Für diese Aufgabe stellt die Landesregierung im Doppelhaushalt jährlich 1,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Vorstellung regionaler Projekte

Bei dem Treffen wurde eine Auswahl erfolgreicher Projekte aus verschiedenen rheinland-pfälzischen Regionen vorgestellt. „Vor allem unsere Telematik-Projekte bieten vielfältige Möglichkeiten, via Telemedizin schnell die Expertise von Spezialisten in medizinischen Zentren nutzen zu können. Dies kann besonders für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, beispielsweise bei einem Schlaganfall oder einer psychischen Erkrankung, sehr wichtig sein“, so Bätzing-Lichtenthäler und Langner.

Björn Daum von der Rhein-Mosel-Akademie Andernach präsentierte das Telematik-Projekt „Digitaler Krisenanker – audiovisuelle psychiatrische Betreuung“. Dieses Projekt ermöglicht vor allem in ländlichen Regionen mit einem vergleichsweise geringen Auf-

wand ein wirksames onlinegestütztes audiovisuelles Gesprächsangebot für Patienten in der ambulanten Behandlung. Da sich die Nutzung im Alltag und im Krisenfall bewährt hat, kündigte die Rhein-Mosel-Fachklinik an, dieses Projekt in die Regelbehandlung zu integrieren.

Prof. Dr. Armin Grau von der Neurologischen Klinik im Klinikum Ludwigshafen stellte die telemedizinische Schlaganfallversorgung in Rheinland-Pfalz vor. Seit dem 1. April 2016 läuft das Telestroke-Netzwerk Rheinland-Pfalz. Durch die neurologische Teleberatung können Schlaganfälle in den teilnehmenden Krankenhäusern im ganzen Land rund um die Uhr sicher erkannt und auf fachlich höchstem Niveau therapiert werden. Dadurch wird die Schlaganfallversorgung im Land nachhaltig verbessert.

www.msagd.rlp.de

Wie viel Personal ist für eine gute Pflege erforderlich?

(Bremen) Sie haben die europaweite Ausschreibung für eine wichtige Expertise gewonnen und damit 3,7 Millionen Euro Drittmittel eingeworben: 14 Wissenschaftler des Forschungszentrums Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIMUM) der Universität Bremen sollen unter der Leitung von Professor Heinz Rothgang ein fundiertes Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personals in Pflegeeinrichtungen entwickeln und erproben – und so die derzeit wichtigste pflegepolitische Frage beantworten.

Die Personalausstattung von Pflegeheimen ist unzureichend: So lautet eine Klage, die so alt ist wie die Pflegeversicherung selbst, also mehr als 20 Jahre. Die Personalausstattung fällt zudem im Bundesgebiet äußerst unterschiedlich aus. Ein Beispiel: In stationären Einrichtungen in Bayern wird pro Pflegebedürftigem 20% mehr Personal eingesetzt als in Sachsen-Anhalt. Bislang sind schon mehrere Versuche gescheitert, ein bundeseinheitliches Personalbemessungsverfahren einzuführen.

Im Zweiten Pflegestärkungsgesetz hat der Gesetzgeber die Vertragsparteien der Pflege-Selbstverwaltung verpflichtet, bis zum 30. Juni 2020 ein fundiertes Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personals in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben entwickeln und erproben zu lassen. Dazu müssen die Vertragsparteien unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen beauftragen.

www.uni-bremen.de



Haft und Berufsverbot für Altenpflegehelferin

(Münster) Der jüngste Fall von Misshandlung durch eine 30 Jahre alte Altenpflegehelferin hat für mediales Aufsehen gesorgt. Am 19.12.2017 wurde die Münsteranerin vom Amtsgericht wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Darüber hinaus sprach das Schöffengericht ein lebenslanges Berufsverbot aus.

Die Frau hatte einer hochbetagten Bewohnerin des Pflegeheimes Maria Trost in Mauritz im vergangenen Sommer an mindestens drei Abenden bei der Versorgung unter anderem ins Ge-

sicht geschlagen und ihr so lange Flüchtigkeitsigkeit in den Mund und Hals laufen lassen, bis die Seniorin kaum mehr Luft bekam. Zudem hob die kräftige Mitarbeiterin die alte Frau mehrmals hoch und ließ sie auf ihr Bett fallen. Auch drückte sie ihr sekundenlang ein Kissen auf das Gesicht. Die Tochter und der Schwiegersohn hatten über Wochen den Verdacht gehegt, dass ihre demente Angehörige, die sich selbst kaum mehr mitteilen konnte, misshandelt würde. Vor Gericht sprach die Tochter von Blutergüssen, einem verlorenen Zahn und dass die Mutter ihre Ange-

hörigen abends nicht mehr habe gehen lassen wollen – offenbar aus Angst, später wieder der Altenpflegehelferin ausgeliefert zu sein.

Die Heimleitung hatte auf die Vorwürfe der Angehörigen erst nicht reagiert. Daraufhin platzierten die Verwandten einen Wecker mit einer versteckten Kamera im Zimmer der Bewohnerin. Bei Gericht wurden die Aufnahmen, die die Misshandlungen zeigen, abgespielt.

Klaus Möllers, Westfälische Nachrichten

Eine Pflegekraft für 60 Patienten ist zu wenig

(Cottbus) Zu dem Problem der mangelnden Personalausstattung vor allem in der Nachtschicht hat das Verwaltungsgericht Cottbus nun ein Urteil gesprochen. Das Gericht hat entschieden, dass der Einsatz von nur einer Pflegefachkraft in der Nacht nicht für die Betreuung von 50 bis 60 Bewohnern einer Pflegeeinrichtung genügt.

Im vorliegenden Fall wandte sich der Betreiber eines Pflegeheims gegen einen Bescheid des Landesamtes für So-

ziales und Versorgung. Dem Betreiber war auf der Grundlage des Brandenburgischen Pflege- und Betreuungswohnungsgesetzes aufgegeben worden, sich zu einer Vielzahl von – durch die Antragstellerin teilweise bestrittenen – Mängeln und zu deren Beseitigung zu äußern. So war es nach Ansicht des Verwaltungsgerichts entbehrlich, die Behauptung einer pflegerischen Unterversorgung mit konkreten Beispielen zu untermauern, wenn die Versorgung

von 50 bis 60 Bewohnern in der Nacht lediglich durch eine Pflegefachkraft erfolge. Unter den Bewohnern waren 20 Bewohner mit dem Pflegegrad 4 oder 5, die nachts mindestens zweimal der Pflege bedürften. Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig und kann mit der Beschwerde vor dem OVG Berlin-Brandenburg angefochten werden.

VG Cottbus, AZ: 5L294/17, Urteil vom 22.11.2017
www.juris.de

EU-Kommission verklagt Deutschland

(Brüssel) Deutschland, Belgien und Frankreich haben es versäumt, die EU-Rechtsvorschriften über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Richtlinie 2013/55/EU) in nationales Recht umzusetzen. Die Frist dafür ist am 18. Januar 2016 abgelaufen. Deshalb verklagte die Europäische Kommission die drei Länder vor dem Gerichtshof der Europäischen Union.

Die Kommission strebt die Verhängung von Zwangsgeld an, das für Deutschland bei 62.203,68 Euro pro Tag liegen soll und vom Tag der Urteilsverkündung an bis zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie und

dem Inkrafttreten im nationalen Recht anfällt. Nun gilt es, die Entscheidung des Gerichtshofes abzuwarten. Sollte dieses die Sichtweise der Kommission bestätigen, wird das Zwangsgeld tatsächlich fällig.

Hintergrund: Die Anerkennung der Berufsqualifikationen wird in der Richtlinie 2005/36/EG in der mit der Richtlinie 2013/55/EU geänderten Fassung geregelt. Durch die Richtlinien wurde ein modernes EU-System für die Anerkennung von Berufsqualifikationen und -erfahrung in der gesamten EU geschaffen. Dies trägt zu einer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte bei

und sorgt für eine stärkere Liberalisierung der Erbringung von Dienstleistungen. Außerdem wird dadurch die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen in EU-Ländern gefördert. Qualifikationen von Fachkräften, die sich in einem anderen Mitgliedstaat niederlassen oder dort Dienstleistungen erbringen möchten, werden leichter anerkannt. Gleichzeitig sind dadurch die Verbraucher wie auch die Bürger besser geschützt.

www.europa.eu (Pressemitteilung, 7.12.2017)

Pflegebedürftig! Was nun?

(Ilfeld) Der Service-Point des Deutschen Pflegeverbandes e.V. hat am 28.11.2017 an der Neanderklinik Harzwald GmbH eine Informationsveranstaltung zum Thema Pflegebedürftigkeit durchgeführt. Die Referentin Heike König, Pflegeberaterin der AOK Plus für Sachsen und Thüringen, führte mit aktuellen Infos rund um Pflegebedürftigkeit durch die Veranstaltung. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, ihre Fragen zu den Leistungen der Pflegeversicherung und den Pflegegraden zu stellen.

Darüber hinaus wurden weitere Themen wie der Einsatz von Pflegesachleistungen im ambulanten Bereich, Kostenerstattung für niederschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige oder Inanspruchnahme von wohnumfeldverbessernden Maßnahmen diskutiert.

Weitere Veranstaltungen rund um das Thema Pflege sind in unserem Service-Point an der Neanderklinik Harzwald GmbH für das Jahr 2018 fest geplant. Im Pflege Konkret werden Sie über die Termine informiert.



Die Teilnehmerrunde

© DPV

Abschied von zwei langjährigen Mitarbeiterinnen



Claudia Runkel, Rolf Höfert und Brigitte Dötsch

© DPV

(Neuwied) Kurz vor Weihnachten wurden die beiden Mitarbeiterinnen Brigitte Dötsch und Claudia Runkel in den verdienten Ruhestand verabschiedet. Beide Kolleginnen haben dem Verband jahrzehntelang treue Dienste erwiesen.

Im Rahmen der Verabschiedung übergab Rolf Höfert einen Blumengruß vom DPV-Vorstand mit den besten Wünschen für den neuen Lebensabschnitt.

Jubilare Februar 2018

35 Jahre Mitgliedschaft

Preukschat-Muth, Inge, Wetter

30. Jahre Mitgliedschaft

Mannsfeld, Roger, Bad Emstal

25 Jahre Mitgliedschaft

Otto, Andreas, Frankfurt
 Schepp, Birgit, Rüdesheim
 Schmidt, Martha, Horhausen
 Schreiner-Suess, Birgit, Wettenberg
 Trapp, Christiane, Hofheim am Taunus
 Wirth, Petra, Eitelborn
 Zimmermann, Peter, Schaala

20 Jahre Mitgliedschaft

Bredow, Helga, Speyer
 Caspar, Anna, Weissenfels
 Gierucki, Brigitte Maria, Straubing
 Hantzsch, Margitta, Neustadt
 Hofmann, Anke, Frankfurt
 Honke, Ina, Brandenburg
 Kleinböhl, Marion, Wiesbaden
 Kretten, Irmgard, Ludwigshafen
 Maxmini, Petra, Konz-Köhen
 Naumann, Anke, Kelsterbach
 Polner, Ute, Waldsolms-Griedelbach
 Posselt, Andrea, Hünstetten-Göfroth
 Pütz, Leslie, Pinneberg

Rentschler, Traude, Neuenburg
 Schmitz, Erika, Mendig
 Schmidt, Ina, Werneuchen
 Senftleben, Lutz, Radibor
 Tappmeier, Gabi, Ulm



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

© [M] Nelos / fotolia.com

Deutscher Pfl egetag

„Pfle ge stärken mit starken Partnern“

15.–17.03.2018
STATION – Berlin (Gleisdreieck)

Der Deutsche Pfl egetag ist Deutschlands führender Pfl egekongress. Unter dem Motto „Teamarbeit – Pfl ege interdisziplinär!“ treffen sich 2018 über 10.000 Interessen-

ten der Branche um die Zukunft der Pfl ege zu gestalten.

Exklusiv für Verbandsmitglieder:
15% Rabatt auf den regulären Ticketpreis. Bei Gruppenbuchungen sogar 20%. Dabei sein lohnt sich!

Info:
www.deutscher-pflegetag.de



Pfl egetag Rheinland-Pfalz 2018

Pfl ege in RLP

17. April 2018
Rheingoldhalle in Mainz

Das Programm des zweiten rheinland-pfälzischen Pfl egetags gliedert sich in verschiedene wählbare Blöcke (Sessions), Fachvorträge, die Möglichkeit des Besuchs

der Fachmesse und vieles mehr. Das vielseitige und spannende Programm ist speziell auf die Pfl ege in Rheinland-Pfalz zugeschnitten.



Info:
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz (KdöR)
Große Bleiche 14-16
55116 Mainz
Tel.: 06131 327380
Fax: 06131 3273899
E-Mail: info@pflegekammer-rlp.de
www.pflegetag-rlp.de

6. Interprofessioneller Gesundheitskongress

„Viele Professionen – ein Patient“

20.–21.04.2018
Internationales Congress Center Dresden

Themen:

- Interprofessionelle Aus-/Fortbildung
- Risikomanagement
- Berufspolitik Pfl ege
- Sektorenübergreifende Versorgung
- Interprofessionelle Kommunikation
- Gemeinsam Patienten stärken
- Digitalisierung im Gesundheitswesen
- Palliative Care
- Gesund bleiben im Gesundheitsberuf

Info:
Springer Medizin Verlag GmbH
Kongressorganisation
Tel.: 030 82787-5510
www.gesundheitskongresse.de

Ermäßigte TN-Gebühr für DPV-Mitglieder

Pflegende erhalten bis zu 6 Fortbildungspunkte/Tag im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegender RbP GmbH.





DPV

Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88 -0
Fax: 0 26 31/83 88 -20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort:
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, Ev.Krankenhaus
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH
Herzbergstr. 79
10365 Berlin
Tel.: 030/5472-2110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Marion Mielsch
marion.mielsch@t-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ivonne Rammoser
Holzmann Medien GmbH
Gewerbestr. 2
86825 Bad Wörishofen
Tel.: 08247/354340
Fax: 08247/3544237
rammoser.servicepointbayern@dpv-online.de

DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, EKH,
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin
Tel.: 030/54722110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Frank Tost
Seniorenpflegeheim Mittelfeld
Am Mittelfelde 100, 30519 Hannover
dpv-point-niedersachsen@kabelmail.de
Tel.: 0511/87964-119
Fax: 0511/87964-127

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Annemarie Czerwinski
Bertha-Bagge-Str. 55, 60438 Frankfurt
Tel.: 069/761904
amalee@t-online.de
Wichtig: Bitte bei Anfragen als Betreff „DPV-Anfrage“

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Karl Heinz Heller
khheller@gmx.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Stephan Kreuels
Rechtsanwaltskanzlei
Coerdeplatz 12, 48147 Münster
Tel.: 0251/9320 5360
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ilona Groß
ilonagross@web.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Melitta Daschner
Blattstr. 12, 66564 Ottweiler
Tel.: 06858/8162
Mobil: 0172/6844901

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen)

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Martina Röder
Tel.: 036331/35101
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband (DPV)
Rolf Höfert (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-0
Fax: 02631/8388-20
www.dpv-online.de
info@dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

KLIEMO A.G. / S.A. / N.V.
Hütte 53
4700 EUPEN, BELGIEN